



---

## Aktueller Begriff

### 55 Jahre Élysée-Vertrag

---

Vor 55 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichnen Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Élysée-Palast den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“. In der einleitenden Gemeinsamen Erklärung des seither so genannten „Élysée-Vertrages“ versichern de Gaulle und Adenauer, „dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt“. Man wolle dem Ziel und der Erkenntnis folgen, „dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet“.

Der Vertrag enthält drei wesentliche Bereiche: Im organisatorischen Teil ist ein verbindlicher Konsultationsmechanismus festgelegt, der auf allen Ebenen gilt: für Staats- und Regierungschefs ebenso wie für Minister oder leitende Ministerialbeamte. Im programmatischen Teil versichern sich beide Länder einer engen Zusammenarbeit, Konsultation und Koordinierung in der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik. Ein dritter Bereich ist Erziehungs- und Jugendfragen gewidmet: Die jeweiligen Sprachkenntnisse sollen ebenso gefördert werden wie die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung. Es ist ein Austausch- und Förderwerk für Jugendliche beider Länder vorgesehen, das schließlich im Juli 1963 als Deutsch-Französisches Jugendwerk seine Arbeit aufnehmen wird. Seither haben mehr als 8,4 Millionen junge Menschen aus Frankreich und Deutschland an rund 320.000 Austauschprogrammen und Begegnungen teilgenommen.

Der Élysée-Vertrag gilt heute als „Jahrhundertvertrag“ und Meilenstein in der deutsch-französischen Verständigungspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Er steht in einer Reihe wichtiger Annäherungsschritte: 1950 sieht der Schuman-Plan unter anderem die Integration des Montanbereiches vor, die 1951 in die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mündet. 1956 findet die lange umstrittene Saarfrage mit der Unterzeichnung der Saarverträge eine einvernehmliche Regelung.

Frankreich und Deutschland verfolgen in dem Prozess jeweils unterschiedliche Zielsetzungen. Während die französische Außenpolitik ein amerikanisches Übergewicht in Europa verhindern und zugleich ein Wiedererstarken der Bundesrepublik kontrollieren will, zielt die Bundesregierung mit ihrer multilateralen Bündnis- und Europapolitik primär auf die Wiedererlangung ihrer eingeschränkten außenpolitischen Souveränität und auf die Rückgewinnung internationalen Vertrauens. Die eigentliche Wunschvorstellung einer europäischen politischen Gemeinschaft bleibt jedoch auch nach dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss im NATO-Bündnis 1955 und den Römischen Verträgen 1957 unerfüllt. Entsprechende Verhandlungen in der so genannten Fouchet-Kommission scheitern im April 1962 endgültig.

---

Frankreich erscheint Bundeskanzler Adenauer vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen wie der Kuba-Krise 1962 als verlässlicher Partner. Seit September 1962 kommen de Gaulle und Adenauer in mehreren Gesprächen überein, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu formalisieren. Adenauers Annäherung an Frankreich ist jedoch innenpolitisch nicht unumstritten. Parlamentarier aller Fraktionen im Deutschen Bundestag erheben Bedenken gegen ein exklusives Zweierbündnis. Der im Élysée-Vertrag skizzierte deutsch-französische Bilateralismus wird als zu einseitig betrachtet und deshalb als Gefahr für Grundpfeiler bundesdeutscher Interessenspolitik – die atlantische Partnerschaft und die europäische Zusammenarbeit – gewertet. Um der Zustimmung zum deutsch-französischen Abkommen jeden Anschein zu nehmen, die Bundesrepublik könnte auf die französische Vorstellung eines „Europa der Vaterländer“ einschwenken, stellen die Fraktionen dem Élysée-Vertrag bei der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag eine Präambel voran. Sie führt aus, dass der Élysée-Vertrag die Rechte und Pflichten aus den von der Bundesrepublik abgeschlossenen multilateralen Verträgen unberührt lasse und betont die Bedeutung der atlantischen Partnerschaft mit den USA sowie die europäische Integration unter Einschluss Großbritanniens.

Obwohl das Votum des deutschen Parlaments für Verstimmung bei General de Gaulle sorgt und mancher zeitgenössische Beobachter dem Élysée-Vertrag damit keine lange Lebensdauer prognostiziert - geschweige denn noch politische Bedeutung zumessen will - entwickelt sich das bilaterale Abkommen zum wichtigen „Getriebe“ für den vielzitierten deutsch-französischen „Motor“ in Europa. Als Schlüsselement erweist sich der im Élysée-Vertrag geregelte Konsultationsmechanismus, der seit 1963 den Dialog beider Länder kontinuierlich und unabhängig von tagespolitischen Unwägbarkeiten festschreibt. Der mit ihm etablierte Rahmen institutioneller Kontakte führt über Jahrzehnte zum weiteren Zusammenschluss Frankreichs und Deutschlands und setzt wichtige Impulse für das Zusammenwachsen Europas.

In den 70er Jahren setzen Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt den Prozess mit der Verständigung auf einen Europäischen Rat und ein europäisches Währungssystem fort. Ihre Nachfolger, Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl, nehmen einander 1984 auf dem ehemaligen Schlachtfeld von Verdun an die Hand und demonstrieren mit dieser Geste Versöhnung und Annäherung. 1988 erweitern sie den Élysée-Vertrag um Zusatzprotokolle zur Gründung eines gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrats sowie eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats, aus dem 1993 das Eurokorps hervorgehen wird.

Zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages kommen 2003 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale zu einer gemeinsamen Sitzung in Versailles zusammen. Die beiden Parlamentspräsidenten beschließen die regelmäßige Auslobung eines gemeinsamen Parlamentspreises. Zehn Jahre später, zum 50. Jahrestag, beraten die Parlamentarier beider Länder gemeinsam in Berlin. Zahlreiche staatlich initiierte oder zivilgesellschaftlich organisierte Initiativen und Programme sind inzwischen entstanden, darunter gut 300 deutsch-französische Vereinigungen, 22 Regional- und 2200 Städtepartnerschaften, 4300 Schulpartnerschaften sowie ein Netzwerk von 186 Universitäten, Fachhochschulen und Grandes Écoles in mehr als 100 deutschen und französischen Städten unter dem Dach der Deutsch-Französischen Hochschule.